

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
----------------------	---

Teil 1

Einleitung und Gang der Untersuchung

A. Einführende Bemerkungen	1
B. Das Tatherrschaftskriterium nach Roxin als Ausgangspunkt der Überlegungen	3

Teil 2

Grundzüge der Tatherrschaftslehre nach Roxin

A. Methodische Grundlagen	5
I. Täterbegriff als Synthese aus ontologischem und teleologischem Strafrechtsdenken	5
II. Begriff der Zentralgestalt des handlungsmäßigen Geschehens	6
III. Fazit zu den methodischen Grundlagen	7
B. Beschreibung der Zentralgestalt des handlungsmäßigen Geschehens bei Herrschaftsdelikten	8
I. Handlungsherrschaft bei unmittelbarer Täterschaft	8
II. Willensherrschaft bei mittelbarer Täterschaft	9
1. Nötigungsherrschaft	9
2. Irrtumsherrschaft	9
3. Organisationsherrschaft	10
III. Funktionelle Tatherrschaft bei Mittäterschaft	11
C. Von der Tatherrschaftslehre nicht erfasste Deliktgruppen	12
D. Fazit zu den Kernthesen der Tatherrschaftslehre im Sinne Roxins	13

Teil 3

Neueste Kritik an der Tatherrschaftslehre

A. Kritik an dem Kriterium der Handlungsherrschaft als Tatherrschaftsmerkmal des unmittelbaren Täters	15
B. Willensherrschaft als Tatherrschaftsmerkmal des mittelbaren Täters	17
I. Das Kriterium der Irrtumsherrschaft	17
II. Das Kriterium der Willensherrschaft kraft organisatorischer Machtapparate	19

C. Die funktionelle Tatherrschaft als Tatherrschaftsmerkmal des Mittäters	20
D. Zwischenfazit zur neuesten Kritik an der Tatherrschaftslehre	22
E. Fehlende normative Begründung des Tatherrschaftsbegriffs	23
F. Kritik an der Herleitung von Mittäterschaft im Rahmen der Tatherrschaftslehre	24
G. Verlust des objektiven Tatbezuges der Tatherrschaftslehre	27
H. Zwischenfazit zur neuesten Kritik an der Tatherrschaftslehre	28
I. Tatherrschaft bei „Verursachungsdelikten“	29
J. Zirkelschluss der Tatherrschaftslehre	31
K. Zwischenfazit zur neuesten Kritik an der Tatherrschaftslehre	31
L. Fazit zur neuesten Kritik an der Tatherrschaftslehre	32

Teil 4

Grundsätzliches zur Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme bei der Steuerhinterziehung	33
--	----

Teil 5

Der Deliktcharakter des § 370 Abs. 1 AO	35
--	----

A. § 370 Abs. 1 AO als reines Pflichtdelikt	36
B. § 370 Abs. 1 AO als reines Allgemeindelikt	39
C. Stellungnahme	41
I. Interpretation als reines Pflichtdelikt	42
II. Interpretation als reines Allgemeindelikt	43
III. Fazit zum Deliktcharakter des § 370 Abs. 1 AO	45

Teil 6

Täterschaft und Tatbeherrschung im Rahmen des § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO	
--	--

A. Täterwille	48
B. Tatherrschaftslehre	48
C. Pflichtdeliktslehre	50
D. Differenzierung nach der Art der Pflicht	50
E. Stellungnahme	51
I. Einwände gegen das Kriterium des Täterwillens	51

II. Einwände gegen die Differenzierung nach der Art der Garantenpflicht	52
III. Einwände gegen das Kriterium der Tatherrschaft	53
1. Grundsätzliche Teilnahme des Unterlassenden bei aktivem Han- deln eines anderen	53
2. Annahme von Tatherrschaft aufgrund von Verhinderungsmacht . .	54
a) Grundsätzliche Einwände	54
b) Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme	55
aa) Bedürfnis für Unterscheidung	55
bb) Unterscheidbarkeit	58
3. Fazit zur Tatherrschaft aufgrund von Verhinderungsmacht	61
IV. Argumente für ein Abstellen auf die Pflichtdeliktslehre	61
F. Fazit zur Täterschaft und Tabeherrschung im Rahmen des § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO	62

Teil 7

**Tatherrschaft bei der unmittelbaren Täterschaft
(§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO, § 25 Abs. 1 Alt. 1 StGB)**

A. Tatbestandshandlung des § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	64
I. Kommunikationstheoretische Vornahme der Tatbestandshandlung . . .	68
1. Ausdrückliche Angaben	68
2. Konkludente Angaben	69
a) Konkludente Angaben durch sozialtypisches Verhalten	71
b) Konkludente Angaben durch schlüssiges Miterklären von Tatsachen	71
II. Zwischenfazit zur Tatbestandshandlung des § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO . .	71
B. Sinnerfassende Betrachtung der Tatbestandshandlung innerhalb typischer Fallkonstellationen	72
I. Ausdrückliche Angaben unter Anwesenden	73
II. Ausdrückliche Angaben unter Abwesenden	74
III. Konkludente Angaben unter Anwesenden	76
IV. Konkludente Angaben unter Abwesenden	78
V. Fazit zu der Analyse typischer Fallkonstellationen	79
C. Kritische Würdigung des Kriteriums der Handlungsherrschaft im Hin- blick auf unmittelbare Täterschaft bei § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	80
I. Vorwurf der Konkretisierungsbedürftigkeit der Definition von Hand- lungsherrschaft	81
II. Vorwurf des Verlusts des objektiven Tatbezugs	83
III. Vorwurf der Missachtung der Relativität des Tatherrschaftsbegriffes .	84
IV. Vorwurf der Zirkelschlüssigkeit der Tatherrschaftslehre	85

V. Vorwurf mangelnder normativer Begründung des Tatherrschaftsbegriffs	86
VI. Normative Herleitung von Tatherrschaft im Rahmen der Steuerhinterziehung nach § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	89
1. Parallele zu Urkundsdelikten	89
2. Unterschiede in der Tatbestandskonzeption von § 267 Abs. 1 Alt. 1 StGB und § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	91
3. Übertragung der Grundsätze des Herstellers einer unechten Urkunde auf die Tatherrschaft bei der Steuerhinterziehung	92
a) Anwendbarkeit der zivilrechtlichen Grundsätze über die Abgabe einer Willenserklärung auf die Steuerhinterziehung	93
b) Zwischenfazit und Konsequenz für die Tatherrschaftslehre	95
c) Einwände gegen die Übertragbarkeit der Grundsätze über die zivilrechtliche Abgabe einer Willenserklärung	97
D. Fazit zur Tatherrschaft bei der unmittelbaren Täterschaft gemäß §§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO, 25 Abs. 1 Alt. 1 StGB	99

Teil 8

Tatherrschaft bei der mittelbaren Täterschaft (§§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO, 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB)

A. Nötigungsherrschaft	102
B. Irrtumsherrschaft	103
I. Kritische Würdigung des Tatherrschaftsprinzips „Irrtumsherrschaft“ bei der Steuerhinterziehung gemäß § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	103
1. Finale Überdetermination des Kausalverlaufs als Kriterium der Irrtumsherrschaft	103
2. Die Kritik an der finalen Überdetermination des Kausalverlaufes als Tatherrschaftskriterium	105
3. Mittelbare Täterschaft und „Irrtumsherrschaft“ in der Rechtsprechung zur Parteispendenaffäre	108
a) Kein sicherer Eintritt des Taterfolges	109
b) Erforderliches Mitwirken des potentiellen Tatmittlers	111
c) Mangelnder unmittelbarer Einfluss der Hintermänner	111
d) Zwischenfazit im Bezug auf die Rechtsprechung zur Parteispendenaffäre	112
II. Fazit zum Tatherrschaftskriterium der Irrtumsherrschaft im Rahmen der Steuerhinterziehung	113
C. Organisationsherrschaft	113
I. Der Ansatz Roxins	115
II. Der Ansatz der Rechtsprechung	116

III. Schaffen und Ausnutzen von Rahmenbedingungen, die regelhafte Abläufe auslösen als neues Tatherrschaftskriterium	117
IV. Kritische Würdigung des Tatherrschaftskriteriums „Schaffen und Ausnutzen von Rahmenbedingungen, die regelhafte Abläufe auslösen“ ..	118
V. Tatherrschaft aufgrund sozialer Machtstrukturen	122
1. Nachweis der sozialen Machtverteilung	122
2. Abgrenzung zur Anstiftung	123
3. Kein objektiver Tatbestandsbezug	124
4. Unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Träger von sozialer Macht	124
VI. Zwischenfazit zur Tatherrschaft im Rahmen von Organisationsstrukturen	125
D. Fazit zur Tatherrschaft bei der mittelbaren Täterschaft gemäß § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO, § 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB	127

Teil 9

Tatherrschaft bei der Mittäterschaft (§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO, § 25 Abs. 2 StGB)

A. Gemeinsamer Tatplan	129
I. Sukzessive Mittäterschaft zwischen Tatvollendung und Tatbeendigung im Rahmen der Steuerhinterziehung	129
1. Veranlagungssteuern	131
2. Fälligkeitssteuern	131
3. Zwischenfazit zur sukzessiven Mittäterschaft	133
II. Gemeinsamer Tatplan und Mittäterexzess	133
III. Zwischenfazit zum gemeinsamen Tatplan	134
B. Gemeinsame Ausführung	135
I. Mitwirkung im Ausführungsstadium	135
1. Tatbestandsgelöstes Verständnis der Anforderungen an den objektiven Tatbeitrag	137
2. Tatbestandsbezogenes Verständnis der Anforderungen an den wesentlichen Tatbeitrag	138
3. Stellungnahme	139
a) Wortlaut	139
b) Vermeidung von Abgrenzungsproblemen	139
c) Fehlende dogmatische Anknüpfung	140
4. Zwischenfazit zur Mitwirkung im Ausführungsstadium	142
II. Erheblichkeit des Tatbeitrages im Ausführungsstadium	142
1. Beiträge mit konkretem Bezug zum objektiven Tatbestand	143
2. Beiträge ohne konkreten Bezug zum objektiven Tatbestand	143
3. Zwischenfazit zur Erheblichkeit des Tatbeitrages	148

4. Inhaltliche Anforderungen an einen solchen Tatbeitrag	150
a) Getrennte Erklärungen	150
b) Gemeinsame Erklärungen	155
c) Schlussfolgerungen	157
aa) Grundsätzliches	157
bb) Eigene Angaben über steuerlich erhebliche Tatsachen	158
cc) Potentielle Eignung zur Vorlage bei einer der in § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO genannten Stellen	159
5. Folgefragen aus den inhaltlichen Anforderungen an einen solchen Tatbeitrag	160
III. Wechselseitige Zurechnung von Tatbeiträgen als Rechtsfolge gemein- samer Tatausführung	161
1. Zurechnung unrichtiger oder unvollständiger Angaben über steuer- lich erhebliche Tatsachen	161
a) Gemeinsamer, auf eine Steuerverkürzung gerichteter Tatplan	162
b) Gemeinsame, auf eine Steuerverkürzung ausgerichtete Tataus- führung	162
2. Fazit zur wechselseitigen Zurechnung von Tatbeiträgen	163
IV. Zwischenfazit zur gemeinsamen Tatausführung	163
C. Einwände gegen das Tatherrschaftskriterium der funktionellen Tatherr- schaft	165
I. Einwände gegen das Kriterium des wesentlichen Tatbeitrages	165
1. Wesentlicher Tatbeitrag und Kausalität	166
2. Wesentlicher Tatbeitrag und das „positive Element“ der Mittäter- schaft	166
3. Anforderungen an die Bestimmtheit des Täterbegriffes	167
4. Zwischenfazit zu der Kritik an dem Kriterium des wesentlichen Tatbeitrages	167
II. Einwände gegen den Verzicht einer Kausalbeziehung zwischen we- sentlichem Tatbeitrag und tatbestandlichem Erfolg	168
1. Äquivalenztheorie und Lehre von den gesetzmäßigen Bedingun- gen	168
2. Statistisches beziehungsweise auf Wahrscheinlichkeitsaussagen ab- stellendes Kausalitätsverständnis	169
3. Kausalität des mittäterschaftlichen Tatbeitrages als zwingende Voraussetzung funktioneller Tatherrschaft?	170
4. Zwischenfazit zu den Einwänden gegen den Verzicht auf eine Kausalbeziehung	171
III. Zwischenfazit zu den Einwänden gegen das Kriterium der funktionel- len Tatherrschaft	171
IV. Einwände gegen den unmittelbaren Rückschluss von funktioneller Tatherrschaft auf Mittäterschaft	172

1. Positive funktionelle Tatherrschaft	172
2. Negative funktionelle Tatherrschaft	174
a) Klärung des Begriffs der „negativen“ funktionellen Tatherrschaft	174
b) Negative funktionelle Tatherrschaft bei der Steuerhinterziehung	175
aa) Bezugspunkt negativer Hemmungsmacht	175
(1) Der einzelne Tatbeitrag als Bezugspunkt negativer Hemmungsmacht	175
(2) Die gesamte Tatbestandsverwirklichung als Bezugspunkt negativer Hemmungsmacht	176
(3) Zwischenfazit zum Bezugspunkt negativer Hemmungsmacht	177
bb) Zwischenfazit zur negativen Hemmungsmacht	177
cc) Abgrenzung von Mittäterschaft und Teilnahme	178
c) Fazit zur Tatbeherrschung aufgrund negativer Hemmungsmacht	180
3. Fazit zur negativen funktionellen Tatherrschaft	180
V. Wechselseitige Zurechnung von Tatbeiträgen als Abgrenzungskriterium	181
D. Fazit zur funktionellen Tatherrschaft im Rahmen der Steuerhinterziehung	183
E. Fazit zur Tatherrschaft im Rahmen der Steuerhinterziehung gemäß § 370 Abs. 1 Nr. 1, § 25 Abs. 2 StGB	184
I. Gemeinsamer Tatplan	184
II. Gemeinsame Tatausführung	185
Teil 10	
Die wesentlichen Ergebnisse	186
<i>Literaturverzeichnis</i>	191
<i>Stichwortverzeichnis</i>	199